

Stellungnahme der Europäischen Gesellschaft für

Präventionsforschung zu unwirksamen und potenziell schädlichen Ansätzen in der Prävention des Drogenkonsums

Ethisch handeln: Schäden vermeiden, auf Wissenschaft setzen

Die Europäische Gesellschaft für Präventionsforschung (EUSPR) ist besorgt über sogenannte Präventionsstrategien, die vor allem darauf beruhen, Jugendliche und jüngere Kinder über die Risiken und Gefahren des Drogenkonsums zu informieren.

Aus Berichten der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA/EBDD) geht hervor, dass diese Ansätze in Europa nachweislich in großem Umfang angewandt werden. Besonders umstrittene Formen solcher Informationsansätze sind sogenannte „Schocktaktiken“, bei denen Kindern und Jugendlichen anhand eindringlicher Darstellungen oder Schilderungen (auch von Personen mit Substanzkonsumerfahrung) die Folgen des Substanzkonsums vermittelt werden. Wir sind besorgt, weil diese Maßnahmen nicht nur ineffektiv und teuer sind, sondern auch schädlich sein und zu Reaktionen führen können, die den beabsichtigten entgegenstehen.

Aus mehreren Ländern wird berichtet, dass Personen mit Konsumerfahrung ihre Erfahrungen schildern oder Theaterstücke aufgeführt werden, die sich mit den extremsten Folgen des Drogenkonsums befassen. Eines der am meisten vermarkteten Beispiele für solche Ansätze ist ein mobiler Vorführungsraum, der Jugendlichen (meist im Alter von 12 bis 17 Jahren) eindringliche Szenen und Bilder mittels virtueller Realität präsentiert. Hierbei handelt es sich angeblich um eine interaktive, unter Einbeziehung aller menschlichen Sinne durchgeführte Maßnahme, die darauf abzielt, die Einstellung der Jugendlichen gegenüber legalen und illegalen Drogen zu verändern. Die Gruppen junger Menschen, die durch diese Ausstellung geführt werden, sollen durch den Einsatz ansprechender audiovisueller Techniken die schlimmsten Folgen des Drogenkonsums erleben. Die emotionalen Reaktionen und starken Eindrücke, die junge Menschen während und kurz nach diesen Ausstellungen erleben, sind typisch für Programme mit Schock- und Abschreckungstaktiken, auch wenn einige Befürworter dieser Interventionen behaupten, dass keine Abschreckungsabsicht bestehe.

Die EUSPR (www.euspr.org) hat sich zum Ziel gesetzt, die wichtigsten Fortschritte und Erkenntnisse der Präventionsforschung der letzten zwanzig Jahre zu identifizieren und europaweit in die Praxis umzusetzen. Ihre Mitglieder – Personen in Wissenschaft, Praxis und politischen Entscheidungspositionen, die sich mit wissenschaftlich fundierter, evidenzbasierter und schadensarmer Prävention befassen - kommen aus ganz Europa und darüber hinaus.

Wir wissen, dass der Eindruck, dass "die Kinder es verstanden haben", kein Beweis dafür ist, dass "die Kinder" dann auch ihr Verhalten ändern werden. Wir wissen auch, wie schwierig es ist, die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen hinsichtlich der Änderung und Aufrechterhaltung von Verhaltensweisen zu beweisen, und wie schwierig es ist, wirksame Maßnahmen zu entwickeln und sie dann so breit wie möglich anzuwenden. Wir sind uns auch bewusst, wie irreführend Formulierungen in diesem Fachgebiet sein können:

Sehr oft werden Berichte, dass es den Teilnehmenden „gefallen hat" oder dass sie sehr beeindruckt waren", als Beweis für die Wirksamkeit angesehen. Gleichzeitig empfinden wir es als frustrierend, dass bewährte Methoden, die Jugendliche auf subtile Weise dazu bringen sollen, sich langfristig sicherer und gesünder zu verhalten, oft unbeachtet und ungenutzt bleiben.

Deshalb:

Wir verstehen den Wunsch, "endlich etwas tun" zu wollen, ...

1. Wir verstehen, dass Entscheidungstragende, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene und mit einem politischen Mandat, dazu neigen, in Maßnahmen zu investieren, die der Öffentlichkeit eine starke, sichtbare und ansprechende Botschaft vermitteln, dass "endlich etwas getan wird"; und sie wollen zu Recht die Organisationen der Zivilgesellschaft auf verschiedenen Ebenen einbeziehen.
2. Wir verstehen, weshalb Eltern, Schulbehörden, politische Entscheidungstragende und die Polizei die Vorstellung oft sehr ansprechend und plausibel finden, dass junge Menschen Drogen konsumierten, weil sie nicht intensiv genug vor den Gefahren des Drogenkonsums gewarnt worden seien.
3. Wir verstehen, warum selbst Personen mit Expertise aus anderen Bereichen wie der Medizin, der Pharmakologie, der Strafverfolgung oder den Politikwissenschaften oft von dem Gedanken angezogen werden, dass junge Menschen wider besseres Wissen handelten, weil ihnen die Botschaft über die Gefahren von Drogen nicht richtig vermittelt worden sei, oder nicht von den richtigen Personen, oder nicht glaubwürdig und wissenschaftlich genug, oder nicht mit den attraktivsten und modernsten Techniken.

Diese drei plausiblen Annahmen werden von den Befürworter*innen von Aufklärungs- und Abschreckungsmaßnahmen, die aus audiovisueller Sicht mitunter sehr durchdacht sind, auch tatsächlich in der Praxis umgesetzt. Vor vielen Jahren galt es als gesunder Menschenverstand, dass die Inhaftierung von Personen, die Drogen konsumieren, junge Menschen vom Drogenkonsum abhielte, oder dass es am besten sei, wenn Eltern ihren Kindern zu Hause beibrächten, wie man Alkohol trinke. Inzwischen hat die wissenschaftliche Forschung diese Annahmen als völlig unzutreffend zurückgewiesen und gezeigt, dass diese Ansätze überwiegend keine signifikanten oder im Gegenteil sogar negative Auswirkungen auf die drogenbezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen haben.

Die Befürworter*innen dieser Ansätze behaupten auch, dass sie sehr wirksam seien und wissenschaftlich evaluiert würden. Das ist jedoch nicht der Fall. In den verfügbaren Studien über diese Interventionen gibt es keine belastbaren Beweise für ihre Wirksamkeit und sie genügen vielfach nicht den anerkannten Standards für wissenschaftlich fundierte Untersuchungen.

... aber stützt die Forschung diesen Ansatz?



Solche Maßnahmen können bei vulnerablen Jugendlichen das Interesse am Substanzkonsum steigern

Eine Vielzahl von Studien und Übersichtsarbeiten internationaler Organisationen haben eine Reihe von Risikofaktoren identifiziert, die den Konsum psychoaktiver Substanzen vorhersagen können. Geringes Wissen über die Risiken des Substanzkonsums konnte dabei nicht als Risikofaktor festgestellt werden.

Stattdessen weisen einige Studien sogar darauf hin, dass hohes Wissen über psychoaktive Substanzen vorhersagt, dass diese eher konsumiert werden. Diese Erkenntnis verdeutlicht, weshalb Entscheidungsträger*innen und Fachkräfte genau prüfen müssen, ob, wann und wie Informationen über psychoaktive Substanzen an Heranwachsende vermittelt werden.

Der Befund erstreckt sich auch auf die erwachsene Bevölkerung: Obwohl Ärzte in besonderem Maße die negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Tabakrauchens kennen, raucht ein erheblicher Teil von ihnen selbst (z. B. 25 % in Italien).

Die Neurowissenschaften illustrieren, dass bestimmte Persönlichkeitsmerkmale, die früh in der Entwicklung auftreten, wie Schwierigkeiten bei der Selbstregulation auf kognitiver, affektiver und verhaltensbezogener Ebene, sowohl zu einem frühen Beginn des Substanzkonsums als auch zu einer schnellen Entwicklung hin zu problematischem Konsum führen können. Daher könnten Methoden und Techniken, die starke Emotionen oder sogar Angst hervorrufen, tatsächlich den Konsum bei Personen sogar stimulieren, die sich von Risiken, Gefahren und neuen Eindrücken angezogen fühlen. Ein markantes Beispiel für diesen Effekt ist die Reaktion auf das Buch "Wir Kinder vom Bahnhof Zoo" von Christiane F. und seine spätere Verfilmung. Das Werk, das bei seinem Erscheinen im Jahr 1978 enorme Popularität unter Jugendlichen erlangte, war ungewollt mit einem signifikanten Anstieg des Heroinkonsums in Deutschland verbunden. Es unterstreicht, wie die Darstellung von Drogenkonsum und dessen Konsequenzen eine unerwartete, möglicherweise kontraproduktive Wirkung auf die Zielgruppe haben kann. Die Neuropsychologie liefert wichtige Erklärungen dafür, warum bloße Informationsvermittlung Jugendliche nicht wirksam vor Drogenkonsum und anderen problematischen Verhaltensmustern schützt: Ihr Verhalten wird in diesem Alter viel stärker vom sozialen Kontext als von individuellen Entscheidungen beeinflusst. Jugendliche reagieren besonders sensibel auf emotionale und soziale Stimuli und sind stark auf die Meinungen ihrer Altersgenossen fokussiert. Das Verlangen nach Belohnung intensiviert sich, wenn sie in der Gesellschaft von Gleichaltrigen sind und das sozio-emotionale System ihres Gehirns aktiviert wird.

Diese dynamischen Prozesse erklären, warum Jugendliche in Gruppensituationen eher risikoreiche Verhaltensweisen wie den Drogenkonsum aufweisen. Zusätzlich können neurobiologische Ungleichgewichte zu einer verzerrten Risikowahrnehmung beitragen. Deshalb erscheint es durch Normen geprägt, biologisch bedingt und bis zu einem gewissen Ausmaß unvermeidlich - und vielleicht auch als eine Funktion der Evolution -, dass Jugendliche in der Adoleszenz zu risikofreudigen Entscheidungen tendieren.

Ein gereiftes Urteilsvermögen entwickelt sich erst über die Zeit. Daher ist es unwahrscheinlich, dass Strategien, die sich ausschließlich auf die Vermittlung von Informationen konzentrieren,

Jugendliche zu einem überlegteren, weniger impulsiven oder kurzfristig orientierten Verhalten führen können.

Wir weisen deshalb darauf hin, dass alle Konzepte, die auf die Verwendung von emotionalen Bilderwelten abzielen, um Jugendliche zu beeindrucken und aufzuklären, auf der falschen Annahme beruhen, dass der Drogenkonsum von Jugendlichen (der von Impulsivität, sozialen Interaktionen und automatischen Prozessen beeinflusst wird) allein durch solche Informationen und kognitiven Prozesse verändert werden könnte. Auch wenn die Szenen, die Emotionen wecken, später im Unterricht besprochen und in einen Zusammenhang gebracht werden sollen, sind solche Gespräche über Drogen und ihre Auswirkungen nutzlos, wenn sie nicht in qualitativ hochwertige Interventionen eingebettet sind, die das Verhalten tatsächlich ändern und das soziale und verhaltensbezogene Umfeld und die Einflüsse von Gleichaltrigen berücksichtigen.

Wir möchten nachdrücklich darauf hinweisen, dass "wirksam" in der Prävention in der Regel bedeutet, dass eine Maßnahme oder Strategie mit soliden Forschungsmethoden getestet wurde und zu positiven Veränderungen im Verhalten oder im Gesundheitszustand der Teilnehmer geführt hat. Interventionen, die keine Verhaltensänderungen nachweisen können, wie z. B. einen geringeren Substanzkonsum, bessere soziale Fähigkeiten, eine bessere Kommunikationsfähigkeit oder eine gesteigerte Selbststeuerung, können nicht als wirksam bezeichnet werden. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass alle Definitionen von "guter Praxis" voraussetzen, dass die Interventionen Ziele in Bezug auf das Verhalten haben und auf einem fundierten "Logikmodell", einem „theoretischen Modell " oder einer "Theory of Change" beruhen.

Aufklärungsmaßnahmen, die sich auf emotionalisierende Darstellungen, Szenarien oder auf eine andere Form der Abschreckung stützen, erfüllen diese Kriterien nicht und stehen somit auf einem fragwürdigen Fundament.

Wenn Aussagen wie "es hat ihnen gefallen", "sie waren beeindruckt", "sie wollen mehr" oder "sie haben sich daran erinnert" gültige Argumente für "Wirksamkeit" wären, dann müsste sogar der Substanzkonsum selbst als "evidenzbasiert" gelten, weil die Konsumenten dasselbe über ihren Drogenkonsum sagen. Solche Aussagen sind Teil einer Zufriedenheits- oder Akzeptanzstudie und nicht einer Wirksamkeitsstudie und sagen daher nichts über den Grad der tatsächlichen Wirkung aus. Dasselbe gilt im Zusammenhang mit dem Ausmaß der Implementierung: Die Tatsache, dass ein Programm weit verbreitet ist und stark nachgefragt wird, sagt nichts über seine Wirksamkeit in Bezug auf das Verhalten von Jugendlichen aus.



Die Tatsache, dass ein Programm weit verbreitet ist, sagt nichts über seine tatsächlichen Wirkungen aus

Risiken und Nebenwirkungen von Prävention

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass einige Ansätze der Präventionsarbeit auch schädlich sein können. Sie können das Interesse am Einstieg in den Substanzkonsum oder an schädlicheren Konsumpraktiken erhöhen. Ein Beispiel: *Scared Straight* und andere Gefängnisbesuchsprogramme gingen davon aus, dass die Konfrontation junger Menschen mit den realen Folgen kriminellen Verhaltens ihr Risiko, selbst straffällig zu werden, verringern würde. Die Präventionsforschung hat jedoch gezeigt, dass diese Maßnahmen nicht nur unwirksam sind, sondern sogar das Risiko erhöhen können, dass junge Menschen eine Straftat begehen.

Ein besonders gut erforschtes Beispiel für schädliche Auswirkungen ist die Cannabis-Kampagne der US-Regierung aus dem Jahr 2003. Wie die hier beschriebenen mobilen, interaktiven Ausstellungsräume und ähnliche Maßnahmen basierte sie auf bildhaften Inhalten darüber, wie Cannabis konsumiert wird und welche Folgen dies hat. Diese Kampagne hatte insgesamt keine Effekte hinsichtlich der Bereitschaft, Cannabis zu konsumieren, aber - was am interessantesten ist - sie erhöhte die Probierbereitschaft unter denjenigen, die noch nie von Cannabis gehört hatten. Dies geschah, weil die Kampagne die Wahrnehmung (die "normative Überzeugung") verstärkte, dass jeder Cannabis konsumiere.

In ähnlicher Weise sind Behauptungen, z. B., dass es in Europa ein zunehmendes Drogenproblem gebe, eine Kernbotschaft vieler solcher audiovisueller Angebote. Die von der EBDD/EMCDDA zusammengetragenen, objektiven, vergleichbaren und zuverlässigen Daten zeigen jedoch, dass dies für die meisten Länder und die meisten psychoaktiven Substanzen nicht zutrifft.

Die Behauptung, dass viele Menschen illegale Drogen konsumieren, mag eine gute Verkaufstaktik sein, aber selbst gut gemeinte Informations- und Warnmaßnahmen können schädlich sein, wenn sie so genannte normative Überzeugungen verstärken: Hier gibt es indirekte Beweise für einen Schaden, auch wenn solche mobilen Ausstellungsräume selbst offensichtlich nicht direkt evaluiert wurden (d. h. mit Mitteln, die wissenschaftlich als gute Praxis zu erachten wären).

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse früherer Studien, die gezeigt haben, dass der in diesem Positionspapier kritisierte Ansatz zu einer Steigerung des Substanzkonsums geführt haben, möchten wir die Leserschaft darauf hinweisen, dass die meisten Präventionsmaßnahmen auf Kinder und Jugendliche gerichtet sind, die nicht um ihre Einwilligung zur Teilnahme gebeten worden sind. Angesichts dieser ethischen Problematik muss umso dringlicher auf die Verantwortung hingewiesen werden, dass Maßnahmen zumindest unschädlich sein müssen, wenn sie an diese Zielgruppe gerichtet sind.

Wir fordern daher Schulbehörden und sonstige Entscheidungsträger*innen dringend dazu auf, einige Grundregeln zu beachten:

- Setzen Sie auf Maßnahmen, für die es eindeutige Belege aus qualitativ hochwertigen wissenschaftlichen Studien dafür gibt, dass sie positive Auswirkungen auf das Verhalten und den Gesundheitszustand haben.
- Setzen Sie vielversprechende Maßnahmen, die noch keinen empirisch eindeutigen Wirksamkeitsnachweis geführt haben, nur mit Vorsicht und idealerweise mit einer Begleitevaluation ein.
- Sehen Sie von der Durchführung von Maßnahmen ab, wenn es nur den geringsten (auch nur indirekten) Hinweis darauf gibt, dass die Maßnahme möglicherweise unwirksam oder schädlich sein könnte. Beispiele für Schäden sind: Erhöhung der Konsumbereitschaft, Steigerung der Wahrnehmung, dass der Konsum von psychoaktiven Substanzen akzeptiert (normal) oder verbreitet ist (jeder tut es), Erhöhung der Attraktivität von gesundheitsriskantem Substanzkonsum und Vorführung des Substanzkonsums.

Wir fordern daher auch Eltern und Lehrkräfte auf, sehr kritisch und achtsam zu sein, welchen Präventionsstrategien und -angeboten sie ihre Kinder anvertrauen. So wie sie es nicht gutheißen würden, wenn ihre Kinder von ungeschultem Gesundheitspersonal behandelt werden, sollten sie sich auch aktiv gegen jede Praxis wenden, bei der ihre Kinder zweifelhaften und unwirksamen Ansätzen ausgesetzt werden, wie z. B. solchen, deren einziger Zweck die Bereitstellung von

Informationen, Erfahrungsberichten von Personen mit Substanzkonsumerfahrung, Schocktaktiken oder stichprobenartigen Drogentests bei Schüler*innen in Schulen ist.

Keine dieser Methoden hat sich positiv auf die Prävention bei Jugendlichen ausgewirkt, und es hat sich oft gezeigt, dass sie das Gegenteil von dem bewirken, was geplant und versprochen wurde. Befürworter*innen von aufsehenerregenden Ausstellungen über Drogen suggerieren den Eltern und der Öffentlichkeit, dass es an Präventionsmaßnahmen mangle und begründen damit ihre Relevanz. Doch wirksame und ethische Prävention ist - im Gegensatz zu lautem Aktivismus - oft unsichtbar und in das Bildungssystem oder die Jugendarbeit integriert, oder sie wirkt durch die Schaffung eines sichereren und förderlichen Umfelds, in dem sich junge Menschen entfalten können.

Setzen Sie auf wissenschaftlich fundierte Präventionsmaßnahmen

Wir stellen nicht in Frage, dass es sinnvoll ist, junge Menschen mit objektiven, glaubwürdigen und ausgewogenen Informationen über psychoaktive Substanzen zu versorgen; solche Informationen können leicht und bequem in jeden Lehrplan aufgenommen werden. Wir stellen jedoch in Frage, dass es sinnvoll ist, ausschließlich Informationen zu vermitteln. Prävention ist in Wirklichkeit wesentlich mehr als eine Sensibilisierung: Es geht um Verhaltensänderungen - und um die Aufrechterhaltung dieser Änderungen - und um eine positive Sozialisation. Die Bereitstellung von Informationen allein trägt nur sehr wenig zu diesem Ziel bei, wie die meisten von uns in ihrem eigenen Leben beobachten können: Wir sind uns beispielsweise der Gefahren eines bewegungsarmen Lebensstils und ungesunder Ernährung durchaus bewusst, ändern deshalb aber nicht unbedingt unser Verhalten.

Prävention ist mehr als Aufklärung

Präventionsprogramme, die in hochwertigen Evaluationsstudien durchweg positive Wirkungen erzielt haben, sind in dem Xchange-Register der EBDD/EMCDDA zu finden.

“Wirkung“ bedeutet: tatsächliche Verhaltensänderung. Keines der in diesem und anderen nationalen Registern aufgeführten wirksamen Programme beruht ausschließlich auf der Aufklärung, und keines setzt auf Abschreckungstaktiken.

Wir weisen besonders auf die Kriterien hin, die in diesem Register und in verwandten Registern, z. B. der Grünen Liste Prävention in Deutschland, zur Feststellung der Wirksamkeit einer Intervention verwendet werden. Ein kurzer Blick dorthin zeigt, dass die Behauptungen über die Wirksamkeit mobiler Showrooms mit starker Bildsprache völlig unbegründet sind, da sie nicht einmal die einfachsten Anforderungen erfüllen, um aus einer evidenzbasierten Perspektive als "evaluiert" zu gelten.

Präventionspraktiken und Interventionsprinzipien, die durch regelmäßige Überprüfung aller weltweit verfügbaren hochwertigen Evaluationsstudien ermittelt wurden, finden sich in den Internationalen Standards zur Prävention des Drogenkonsums des UNODC und im Best Practice Portal der EBDD/EMCDDA. Übereinstimmend werden dort Aufklärung bzw.

Informationsvermittlung, emotionalisierende Bilder oder Inszenierungen sowie der Einsatz von Berichten von Personen, die ehemals Drogen konsumiert haben, als unwirksam eingestuft.

Wir wissen, dass sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse weiterentwickeln und ändern können, und stellen fest, dass wirksame Maßnahmen nicht immer und überall wirksam sind.

Dennoch verfügt die Präventionsforschung mittlerweile über solide Kenntnisse und Instrumente zur Prävention des Drogenkonsums und zur Förderung alternativer Verhaltensweisen, die sicher und unschädlich für Heranwachsende sind.

Aus der Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Prävention sollte nicht der Schluss gezogen werden, dass alle Präventionsmaßnahmen in strukturellem Umfang konzipieren und durchführen können. Innerhalb Europas ist das Akkreditierungssystem für Präventionsfachkräfte in der Tschechischen Republik ein Leuchtturm für die Präventionspolitik: Nur Fachkräfte, die eine Mindestanzahl von Ausbildungsstunden in evidenzbasierter Prävention absolviert haben, dürfen Zugang zu jungen Menschen im Bildungssystem erhalten. Dadurch wird gewürdigt, dass Prävention ein komplexes Unterfangen ist und mitunter schädlich sein kann: Nicht jeder sollte dazu befugt sein. Ethische Prävention, die auf dem Grundsatz des Nichtschadens beruht, muss sicherstellen, dass Personen, die Prävention mit Kindern betreiben, über die für diese Aufgabe erforderlichen Kompetenzen verfügen.



Nicht alle zivilgesellschaftlichen Akteure sind für die Entwicklung und Umsetzung von Prävention geeignet.

Die besseren Alternativen können sogar kostengünstiger sein

Entscheidungsträger*innen und Politik stehen eine breite Palette von Maßnahmen und lokalen ordnungspolitischen Maßnahmen zur Verfügung, die sowohl wirksam als auch sichtbar sind und politisches Kapital einbringen. Warum sollte man seinen guten Ruf als verantwortungsvolle und fürsorgliche Person aufs Spiel setzen, indem man mit umstrittenen, kommerziellen und unzureichenden Maßnahmen in Verbindung gebracht wird, nur weil ein Akteur persönlich davon überzeugt ist, dass eine Maßnahme wirksam ist, ohne entsprechende wissenschaftlich fundierte Beweise vorzulegen?

Polizeibeamte, die sich für Prävention interessieren und damit befasst sind, verfügen über zahlreiche wissenschaftlich fundierte Handlungsmöglichkeiten, die genau in den Zuständigkeitsbereich der Polizeiarbeit fallen: Sie sind in der Nähe von Schulen und Nachtlokalen präsent, sorgen für ein Gefühl der Sicherheit und reduzieren die Präsenz von Drogenverkäufen oder -angeboten an Minderjährige. Die Polizei ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, ein sicheres und förderliches Umfeld für junge Menschen zu schaffen. Warum Ressourcen und Zeit für unwirksame Aufklärungsmaßnahmen aufwenden?

Schulleitungen haben bessere Wahlmöglichkeiten sowohl bei evidenzbasierten Programmen als auch bei verhältnispräventiven Strategien, die ein gutes und sicheres Schulklima fördern und klare Regeln für den Drogenkonsum oder -besitz auf dem Schulgelände aufstellen. Informationen über Substanzen können in jedem Lehrplan objektiv vermittelt werden. Warum sollte man Schüler*innen übertriebenen Erzählungen aussetzen, die nur an kurzlebige Emotionen appellieren, aber auf lange Sicht nach hinten losgehen können?

Eltern stehen eine Reihe von wirksamen Erziehungspraktiken zur Verfügung, die sie zu Hause anwenden können, um Einfluss auf das Gesundheitsverhalten ihrer Kinder zu nehmen. Wir ermutigen Eltern, ihren Kindern die Teilnahme an ungeprüften und potenziell schädlichen Maßnahmen zu verweigern, z. B. solche, die ausschließlich mit Personen mit Suchterkrankung,

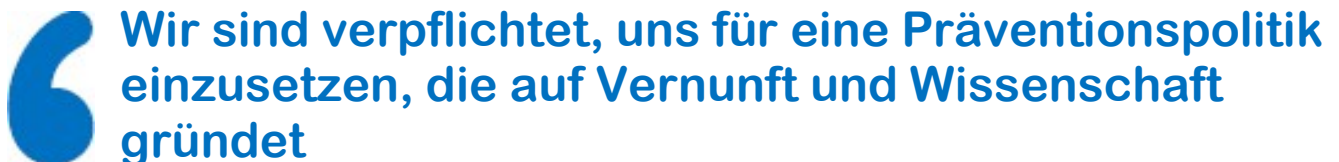
übertriebenen Erzählungen oder emotionalisierenden Darstellungen arbeiten. Es gibt keinen Grund, Kinder zu verängstigen oder sie über problematische Verhaltensweisen und Lebenswirklichkeiten aufzuklären, wenn sie dadurch zu dem Verhalten angeregt werden könnten, das im Mittelpunkt der "präventiven" Veranstaltung gestanden hat. Dies gilt vor allem für Heranwachsende, die aufgrund verschiedener Umstände als gefährdet betrachtet werden müssen.

Es gibt wirksame Prinzipien für Überzeugungsarbeit in den Medien, die nicht nach hinten losgehen oder Widerstand bei jungen Menschen hervorrufen.

Zu diesem Zweck haben die EUSPR-Mitglieder das international anerkannte Universal Prevention Curriculum (UPC) in eine europäische Kurzversion übertragen, die von der EBDD/EMCDDA als Europäisches Präventionscurriculum (EUPC) herausgegeben wird (und auf deren Website heruntergeladen werden kann). In den dazugehörigen Trainingskursen erwerben Entscheidungsträger*innen, Meinungsbildner*innen und Politiker*innen in 2 bis 5 Tagen das notwendige Wissen darüber:

- Wie man überzeugende Botschaften auswählt, die tatsächlich eine Einstellungsänderung bewirken, Wie man Evaluationsstudien erkennt, die tatsächlich Antworten auf die entscheidenden Fragen geben, und
- Wie man eine gute Praxis in der Prävention erkennt.

Der Kurs und das dazugehörige Handbuch basieren auf den besten verfügbaren Erkenntnissen darüber, was in der Prävention funktioniert, wurden von Expert*innen ohne kommerzielle Interessen entwickelt und helfen Entscheidungsträger*innen, sich und die in ihrer Verantwortung stehenden Menschen vor unwirksamen oder sogar schädlichen Präventionsangeboten zu schützen.



Unsere Fachgesellschaft kennt die Tatsache, dass die Präventionspraxis in vielen Teilen Europas weit hinter den idealtypischen Anforderungen an wirksame und evidenzbasierte Präventionsstrategien zurückbleibt.

Dies ist jedoch keine Rechtfertigung für Entscheidungstragende, sich für teure, kommerzielle Präventionsangebote zu entscheiden, die nicht angemessen evaluiert worden sind, auf keiner gesicherten Datenbasis beruhen und keine oder mangelhafte theoretische Grundlagen haben, nur weil sie angeblich innovativer sind und junge Menschen besser erreichen und ihre Aufmerksamkeit erregen können. Aufmerksamkeit zu erregen ist nur der erste Schritt im Präventionsprozess, und Maßnahmen, die dort aufhören, gehen in der Regel nach hinten los.

Wir sollten uns für eine Präventionspolitik einsetzen, die sich an Rationalität und Wissenschaft orientiert und nicht an Beliebtheitswerten. Dies ist besonders wichtig, wenn begrenzte öffentliche Mittel für die Prävention eingesetzt werden. Diese müssen sinnvoll eingesetzt werden, denn Investitionen in unwirksame oder schädliche Maßnahmen führen dazu, dass Ressourcen für wirksame Maßnahmen fehlen. Einrichtungen, die solchen fragwürdigen Maßnahmen bei der Finanzierung Vorrang einräumen oder sie öffentlich unterstützen, gehen ein Reputationsrisiko ein. Sie könnten so wahrgenommen werden, dass sie verfügbare Ressourcen von Maßnahmen

mit erwiesenem Nutzen für unsere Jugend abziehen, während sie sie für oft kommerzielle Angebote mit Scheinstudien und schädlichen Komponenten ausgeben.

Wir appellieren an alle Institutionen, die an der Durchführung und Förderung von Programmen für Schüler*innen/Studierende beteiligt sind, sich an die bestehenden Qualitätsstandards in der Suchtprävention zu halten und die Verbreitung und Förderung von Maßnahmen, die nicht in Übereinstimmung mit den aktuellen wissenschaftlichen Standards in Europa stehen, auf verantwortungsvolle Weise zu hinterfragen und zu verwerfen.

Wir rufen zur Beachtung der verabschiedeten Grundsatzdokumente der Europäischen Strategie zur Drogenbekämpfung auf, die von den wichtigsten internationalen Fachgesellschaften und Institutionen unterstützt werden, die an der Qualitätsentwicklung in der Prävention beteiligt sind: EBDD/EMCDDA, Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und die Europäischen und Amerikanischen Gesellschaften für Präventionsforschung (EUSPR und SPR).

¹ https://www.emcdda.europa.eu/publications/manuals/european-prevention-curriculum_en

² <https://www.unodc.org/unodc/en/prevention/prevention-standards.html>

-
- *Bei allen Positionspapieren des EUSPR handelt es sich um unabhängige wissenschaftliche Stellungnahmen zu den verfügbaren Erkenntnissen über ein bestimmtes Thema, die von ausgewählten Expert*innen aus den Reihen der Mitglieder verfasst und vom EUSPR-Vorstand gebilligt wurden.*
 - *Die EUSPR ist eine gemeinnützige Organisation, die sich der Präventionsforschung widmet und als solche keine kommerziellen Aktivitäten verfolgt.*
 - *Die EUSPR-Positionspapiere richten sich an eine breitere Öffentlichkeit und verwenden daher eine einfache Sprache, die wissenschaftliche Fachausdrücke vermeidet. Aus diesem Grund verzichten wir auf Verweise auf die wissenschaftlichen Artikel und Übersichtsarbeiten, auf die wir unsere Aussagen stützen.*
 - *Lesende, die sich für die Grundsätze der Präventionsforschung interessieren, können sich auf das Handbuch des EUPC¹ und die UNODC-Standards für die Prävention des Drogenkonsums² beziehen.*
 - *Lesende, die Bedenken oder Fragen zu einer bestimmten Aussage haben, können sich an president@euspr.org wenden und spezifische Literaturhinweise zu den getroffenen Aussagen anfordern.*
-